

## Diskussionspapier

Forschungsgruppe Asien  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit



*Nadine Godehardt (ext.)*

## Die Parlamentswahlen vom Dezember 2004 und der Zustand der taiwanesischen Demokratie

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)

Diskussionspapiere sind Arbeiten  
im Feld der Forschungsgruppe, die  
nicht als SWP-Papiere  
herausgegeben werden. Dabei kann  
es sich um Vorstudien zu späteren  
SWP-Arbeiten handeln oder um  
Arbeiten, die woanders  
veröffentlicht werden. Kritische  
Kommentare sind in jedem Fall  
willkommen.

# **Inhalt**

**1. Einleitung 3**

**2. Taiwans Demokratie zwischen  
Präsidialsystem und Parlamentarismus 4**

**3. Politische Identitäten und die Zukunft  
der Demokratie 6**

**4. Politische Identitäten und die Zukunft  
der Demokratie 7**

## 1. Einleitung

Wenn in Taiwan gewählt wird, verwandeln sich Städte, Vororte, Dörfer, sogar Tankstellen, aber vor allem die Hauptstadt Taipei in ein Fahnenmeer. Im Zentrum der Macht wehen dem Beobachter entlang der Schnellstraßen neben den Nationalflaggen bunte Portraits der Kandidaten entgegen. An den unwahrscheinlichsten Orten, in den unglaublichsten Farbkombinationen und in einer unvorstellbaren Vielfalt wird der Bürger für den kommenden Wahlgang sensibilisiert. In der Endphase des Wahlkampfes fahren beinahe rund um die Uhr kleine, bunt beklebte Lieferwagen umher, die immer wieder über Lautsprecher darauf hinweisen, wer am Wahltag unterstützt werden soll. Dabei ist der Inhalt bei geringfügigen Abweichungen immer der gleiche: "Entschuldigung für die Störung, ich bitte Sie, mir am Wahltag die Stimme zu geben. Vielen Dank!"

2004 wurde in Taiwan gleich zweimal gewählt und dabei sehr viel mehr Geld ausgegeben, als gesetzlich erlaubt ist. Das Ergebnis bestätigte jedoch den politischen Status quo: Präsident "grün", Parlament "blau". Das sogenannte "grüne" Lager besteht aus Parteien, die für die Eigenständigkeit Taiwans eintreten. Das sind vor allem die Demokratische Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP) des Präsidenten Chen Shuibian und die radikalere Taiwan Solidarity Union (TSU), mitgegründet von seinem Amtsvorgänger Lee Teng-hui, die sich für eine Formalisierung der de facto-Unabhängigkeit der Inselrepublik engagiert. Das "blaue" Lager setzt sich aus der Nationalistischen Partei (Kuomintang), der Das-Volk-Zuerst Partei (People First Party, PFP) des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Taiwan, James Soong, und der Neuen Partei (New Party, NP), einer KMT-Abspaltung, zusammen, deren Wählerschaft sich in erster Linie aus 1949 vom Festland zugewanderten Bürgern rekrutiert.

Präsident Chen wurde im März 2004 wiedergewählt. Allerdings signalisierte ein äußerst knapper Wahlausgang dem "grünen" Lager, der DPP und vor allem Chen Shuibian selbst, daß dessen Eintreten für die Unabhängigkeit Taiwans von China und in diesem Zusammenhang der Rückgriff auf das politische Instrument des Referendums zu provokativ ausgefallen war.

**Tabelle 1: Das Ergebnis der Wahlen zum 6. Legislative Yuan**

| <i>Partei</i>        | <i>Stimmen</i>   | <i>Stimmenanteil</i> |
|----------------------|------------------|----------------------|
| <b>KMT</b>           | <b>3.190.081</b> | <b>34,90%</b>        |
| <b>PFP</b>           | <b>1.250.613</b> | <b>14,78%</b>        |
| NP                   | 12.137           | 0,13%                |
| <b>DPP</b>           | <b>3.471.429</b> | <b>37,98%</b>        |
| <b>TSU</b>           | <b>756.712</b>   | <b>8,28%</b>         |
| NPSU und Unabhängige | 359.095          | 3,93%                |

(fettgedruckt: Parteien, die die 5%-Hürde nahmen)

Gleichzeitig bleibt das taiwanesisches Parlament, der sogenannte Legislative Yuan, nach den Wahlen vom Dezember 2004 von einer "blauen" Mehrheit dominiert. Insgesamt gewann das "blaue" Lager 114 von 225 Sitzen, darunter 79 für die KMT, 34 für die PFP und einen für die NP. Obwohl die DPP zwei Sitze dazugewinnen konnte und auf insgesamt 89 Mandate kam, wurde das Wahlergebnis sowohl parteiintern als auch in der Öffentlichkeit als Niederlage interpretiert, hatten doch die "Grünen" insgesamt nur 101 Sitze errungen. Aus diesem Grund trat Chen Shuibian nach den Wahlen als DPP-Vorsitzender zurück.

Das resultierende machtpolitische Patt bestimmt zunehmend die politische Realität in Taiwan. Erst einmal in der noch kurzen Geschichte der taiwanesischen Demokratie (1996-2000 unter Präsident Lee Teng-hui) verfügte dieselbe Partei (d.h. seinerzeit die KMT) sowohl über eine parlamentarische Mehrheit als auch über das Amt des Staatsoberhauptes.

Die neuen Abgeordneten haben ihre Arbeit im Februar 2005 aufgenommen und müssen sich nun mit den in der vorhergegangenen Legislaturperiode liegengebliebenen Gesetzesentwürfen befassen. Allerdings ist ein

Großteil der Parlamentarier gleich nach der konstituierenden Sitzung wieder in die eigenen Wahlkreise zurückgekehrt, um seine Wähler für die nächsten Legislativwahlen 2007 zu mobilisieren. Damit stellt sich die Frage nach der Bedeutung von Wahlen und Wahlsystem für die Zukunft der Demokratie in Taiwan.

## 2. Taiwans Demokratie zwischen Präsidialsystem und Parlamentarismus

Taiwans Demokratie wird von Beobachtern häufig als Mischung aus einem parlamentarischen und einem präsidentiellen System beschrieben, das sich im Laufe der Zeit entweder in die eine oder in die andere Richtung entwickeln wird. Die jüngere politische Geschichte der Inselrepublik legt jedoch eine dritte Möglichkeit nahe, nämlich die eines dauerhaft zwischen diesen Polen oszillierenden Systems. Auch im Falle einer Wahlrechtsreform bliebe die Möglichkeit des "divided government" und damit der semi-präsidentielle Charakter des Systems schon deshalb weiter bestehen, weil Parlamentswahlen auch fortan als Korrektiv zu Präsidentschaftswahlen fungierten.

Unter dem Kriegsrecht (1948-1991) war die KMT die einzig legale Partei. Bis zum Ende des Kriegsrechtes besaß die KMT ein absolutes Machtmonopol. Mit Gründung der DPP aus der außerparlamentarischen Opposition (*dangwai*) 1986 sowie vor dem Hintergrund der Herausbildung substantieller Mittelschichten und eines veränderten internationalen Umfelds wurden die autoritären Strukturen schrittweise aufgeweicht. Dabei blieb die Furcht vor einem Rückfall in vordemokratische Verhältnisse innerhalb der Demokratiebewegung verbreitet.

Die Folge war eine Aufteilung der Macht zwischen Präsident und Parlament - ein semi-präsidentielles System, wie es auch für andere Transformationsstaaten typisch ist (in Ostasien ist neben Taiwan Südkorea das bekannteste Beispiel). In einem semi-präsidentiellen System koexistiert ein direkt gewählter Präsident mit einem Premierminister und einem Kabinet, die ihrerseits dem Parlament verantwortlich sind. Gewinnt eine Formation die Mehrheit der Sitze im Parlament, die gleichzeitig den Präsidenten stellt, ähnelt die politische Ordnung eher einem Präsidialsystem. Der Einfluß des Staatsoberhauptes und seine Richtlinienkompetenz im Kabinet werden gestärkt, und die Regierungsbildung verläuft möglicherweise weniger konfliktreich. Gleichzeitig tritt die Opposition in den Parlamentsausschüsse auf, um so vornehmlich Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen.

Werden hingegen Präsident und Parlamentsmehrheit von unterschiedlichen politischen Gruppierungen gestellt, nimmt das politische System eher parlamentarische Charakteristika an, und Entscheidungsprozesse spielen sich im wesentlichen mehr zwischen den politischen Lagern ab. Bei den Beratungen von Gesetzesvorlagen treten Parteiprogramme in den Vordergrund, und die Neigung zu Konfrontation und Verweigerung nimmt zu. Grundsätzlich geht der gewachsene Einfluß der Legislative auf Kosten der Regierung, wobei die entscheidenden Weichenstellungen allerdings nicht mehr im Parlament, sondern innerhalb der Parteien und gegebenenfalls unter den Parteien erfolgen, angesprochen ist ihr insbesondere die zunehmend wichtige Rolle der „inter-party negotiations“ im taiwanesischen Gesetzgebungsprozess.

Insgesamt wäre Taiwans politisches System somit weniger als ein Provisorium denn als ein formal flexibles Kontinuum zu charakterisieren.

## 3. Die Parlamentswahlen vom Dezember 2004

Parlamentswahlen in Taiwan sind ebenso politisiert wie kompliziert. Gewählt wird nach dem Wahlverfahren der „Single Non Transferable Vote“, d.h.: die Sitzverteilung im Parlament richtet sich in erster Linie nach den in den Wahlkreisen erzielten Ergebnissen einzelner Kandidaten. Die restlichen Sitze werden auf Grundlage der Stimmenanteile der jeweiligen Partei ermittelt. Allerdings verfügt der Wähler über nur eine Stimme, während in einem Wahlkreis unter Umständen auch mehrere Kandidaten derselben Partei antreten. Dies führt zu einer weitreichenden Personalisierung auf Kosten der Parteiprogramme und zu einer Mobilisierung der Wähler mit Hilfe lokaler Fraktionen und Netzwerke.

Wahlkämpfe sind unter solchen Umständen sehr teuer, und die Ausgaben einzelner Kandidaten überschreiten in der Regel das gesetzlich festgelegte Limit (ein ehemaliger Abgeordneter gab an, in der Vergangenheit ca. 200 000 US-Dollar investiert zu haben, jetzt aber mindestens 500 000 US-Dollar zu benötigen).

Darüber hinaus variiert die für den Erwerb eines Mandats in verschiedenen Wahlkreisen erforderliche Stimmenzahl erheblich (vgl. Tab. 1 und 2).

**Tabelle 2: Siegreiche Kandidaten in Taipei County District 2**

| <i>Kandidat</i> | <i>Partei</i> | <i>Stimmen</i> | <i>Stimmenanteil</i> |
|-----------------|---------------|----------------|----------------------|
| Wu Yu-sheng     | KMT           | 73.164         | 13,31%               |
| Jhu Jyun-siao   | KMT           | 48.874         | 8,89%                |
| Wu bing-ruei    | DPP           | 45.821         | 8,34%                |
| Li Sian-rong    | KMT           | 44.442         | 8,09%                |
| Lin Shu-fen     | DPP           | 43.680         | 7,95%                |
| Cao Lai-wang    | DPP           | 42.411         | 7,72%                |
| Li Hong-jyun    | PFP           | 39.441         | 7,18%                |
| Huang Jian-Huei | DPP           | 35.989         | 6,55%                |
| Cai Jia-fu      | KMT           | 34.486         | 6,28%                |
| Cheng Jing-Jyun | DPP           | 31.857         | 5,80%                |
| Ke Shu-min      | PFP           | 29.472         | 5,36%                |

(hell gedruckt: "grünes" Lager)

**Tabelle 3: Siegreiche Kandidaten in Tainan County**

| <i>Kandidat</i>                                | <i>Partei</i> | <i>Stimmen</i> | <i>Stimmenanteil</i> |
|------------------------------------------------|---------------|----------------|----------------------|
| Hou Shuei-sheng                                | DPP           | 51.289         | 10,09%               |
| Jheng Guo-jhong                                | DPP           | 50.861         | 10,01%               |
| Li Cyuan-yao                                   | KMT           | 48.706         | 9,58%                |
| Li He-shun                                     | NPSU          | 48.634         | 9,57%                |
| Li Jyung-yi                                    | DPP           | 47.177         | 9,28%                |
| Hong Yu-cin                                    | KMT           | 43.972         | 8,65%                |
| Huang Wei-jhe                                  | DPP           | 43.505         | 8,65%                |
| Guo Tian-cai<br>(nicht gewählt)                | KMT           | 34.555         | 6,80%                |
| Ye Yi-jin<br>(reservierter Sitz<br>für Frauen) | DPP           | 33.724         | 6,80%                |

In Taipei County District 2 waren bei den Parlamentswahlen 2004 die meisten Stimmen für ein Mandat erforderlich. Dabei machten die 73.164 auf den ersten Sieger entfallenen Stimmen allerdings nur 13,31 Prozent aller abgegebenen Stimmen aus (der erforderliche Stimmenanteil nimmt in Wahlkreisen zu, denen weniger Parlamentssitze zustehen). Im Vergleich zu Tainan County (Tab.2) wären in Taipei County von den elf gewählten Kandidaten nur die ersten fünf über den Wahlkreis Tainan County in die Legislative eingezogen.

Darüber hinaus begünstigt das Wahlverfahren unter Umständen Konflikte unter den Kandidaten derselben Partei (vgl. Tab. 1 und 2), was sich negativ auf deren Gesamtergebnis auswirkt. So nahmen sich in Taipei County District 2 Kandidaten im "grünen Lager" gegenseitig die Stimmen weg, so daß drei von ihnen den Einzug ins Parlament verpaßten. Die Niederlage der "Grünen" bei den Wahlen zum 6. Legislative Yuan wäre folglich in erster Linie auf die größere Gesamtzahl ihrer Kandidaten zurückzuführen. Obwohl die DPP seit 2000 die stärkste Parlamentsfraktion stellt, hat sie zum zweiten Mal das Ziel verfehlt, neben dem Präsidentenamt auch mit der verbündeten TSU eine absolute Sitzmehrheit in der Volksvertretung zu gewinnen. Mit den Worten des amerikanischen Politologen David Fell: "Die taiwanesischen Wähler sind sehr moderat und bestrafen politische Parteien und Persönlichkeiten, die zu extremeren Positionen neigen." Zusammengefaßt begünstigt das derzeitige Wahlsystem den Status quo.

Im übrigen unterscheiden sich die Abgeordneten in proportional Gewählte, Vertreter der Wahlkreise in Taipei City und County sowie Repräsentanten sonstiger Wahlkreise. Die Vertreter der ersten beiden Gruppen sind regelmäßig im Parlament anwesend. Der Rest kehrt nach Konstituierung der neuen Legislative in die jeweiligen Wahlkreise zurück, um dort mittels Teilnahme an Beerdigungen, Trauungen, religiösen Festen etc. seine Wiederwahl vorzubereiten.

**Tabelle 4: Erfolgreiche Kandidaturen nach Wahlverfahren**

| <i>Partei</i>        | <i>Proportional</i> | <i>Direktmandate</i> | <i>Insgesamt</i> |
|----------------------|---------------------|----------------------|------------------|
| <b>KMT</b>           | <b>15</b>           | <b>64</b>            | 79               |
| <b>PFP</b>           | <b>6</b>            | <b>28</b>            | 34               |
| NP                   | -                   | 1                    | 1                |
| <b>DPP</b>           | <b>16</b>           | <b>73</b>            | 89               |
| <b>TSU</b>           | <b>4</b>            | <b>8</b>             | 12               |
| NPSU und Unabhängige | -                   | 10                   | 10               |
| <b>Insgesamt</b>     | <b>41</b>           | <b>184</b>           | 225              |

(Direktmandate schließen Wahlkreise auf dem Festland vorgelagerten Inseln und für "Ureinwohner" reservierte Sitze ein.)

Taiwans Wahlsystem könnte vor der Parlamentswahl 2007 reformiert werden. Ein entsprechender Antrag auf Verfassungsänderung wurde vom Parlament bereits im August 2002 gebilligt. Sollte die Reform realisiert werden, hätte jeder taiwanesischer Wähler fortan zwei Stimmen, die erste für die Direktwahl eines Abgeordneten und die zweite zur Ermittlung der Sitzverteilung unter den Parteien. Je Wahlkreis würde nur noch derjenige Kandidat in die Legislative einziehen, der eine relative Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereint hat. Gleichzeitig würde die Gesamtzahl der Abgeordneten von heute 225 auf 113 reduziert werden. Damit soll der Wahlkampf wieder auf die Ebene der politischen Parteien verlagert werden (ein Effekt, der 1994 nach ähnlichen Reformen in Japan eingetreten war), deren Programme dann wieder größere Verbindlichkeit für die einzelnen Kandidaten hätten.

Dieses Modell ist in Expertenkreisen allerdings bereits auf Kritik gestoßen. Die Skeptiker glauben, daß die Halbierung der Mandatszahl die Macht in den Händen einiger Weniger konzentrieren und deshalb in den Wahlkreisen eher zusätzlich zu Personalisierung und Fraktionalismus beitragen werde. Diese Sorge ist angesichts der in Japan gemachten Erfahrungen durchaus berechtigt. Eine Wahlreform wäre dennoch ein Schritt in Richtung von mehr Stabilität und Transparenz. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, daß sich die

Wählerpräferenzen ändern und die parteipolitische Anbindung der Kandidaten eine zunehmend wichtige Rolle spielt.

#### 4. Politische Identitäten und die Zukunft der Demokratie

Wenn die taiwanesischen Wähler 2004 beiden politischen Blöcken zur Teilhabe an der Macht im Staate verholten haben, dann noch aus einem weiteren Grund. Eine eindeutige Entscheidung für das eine oder das andere Lager wäre gleichzeitig ein Votum für den Umgang mit der Volksrepublik China gewesen. Obwohl die Programmatik der Parteien heute nicht mehr ausschließlich von der sogenannten **tongdu**-Frage (d.h. dem Konflikt zwischen Anhängern einer Vereinigung [**tong**] und Verfechtern der Unabhängigkeit [**du**]) bestimmt wird, wird das Thema von den Parteien nach wie vor zum Zwecke der Wählermobilisierung instrumentalisiert. Vor diesem Hintergrund wurde eine Debatte um eine eigene taiwanesischen politische Identität angestoßen.

Für die DPP war die Bekräftigung dieser Identität traditionell das Hauptinstrument für eine Abgrenzung von der (auf dem Festland gegründeten) KMT. Allerdings hat sich auch deren Orientierung im Laufe des Demokratisierungsprozesses stark gewandelt - ein Trend, der sich nach der Niederlage in den Präsidentschaftswahlen vom März 2004 weiter verstärkte. Mittlerweile verstehen sich sowohl die DPP als auch die KMT als "taiwanesischen" Parteien, sie ziehen jedoch aus dieser Identität unterschiedliche Konsequenzen für den Umgang mit China.

Auf Seiten der DPP wurde der Parlamentswahlkampf vom Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Chen Shuibian dominiert, und in der heißen Phase mochte man den Eindruck gewinnen, daß es hier einmal mehr um das Staatsoberhaupt und nicht um die Legislative ging. Auf dem Höhepunkt der Kampagne hatte Chen erklärt, er werde im Falle eines DPP-Sieges nach zwei Jahren als Präsident zurücktreten, sollte seine Politik bis dahin keine Erfolge gezeitigt haben. Somit verband er das politische Schicksal der Partei mit dem seiner eigenen Person.

Querverbindungen zum Souveränitätsthema resultierten aus Chens Forderung, die Namen von Staatsunternehmen, die das Wort "China" beinhalten (wie z.B. China Petrol, China Airlines etc.) per Gesetz zu ändern und fortan den Begriff "Taiwan" zu verwenden. Solche Initiativen werden in Peking als secessionistisch wahrgenommen. Chen selbst betonte wiederholt, daß ein Sieg des "grünen" Lagers bei den Parlamentswahlen die Verabschiedung einer neuen Verfassung begünstigen würde. Dazu bedarf es einer Dreiviertelmehrheit im Parlament und einer Zustimmung der Nationalversammlung. Rein theoretisch bestünde jedoch die Möglichkeit, daß die Initiatoren den parlamentarischen Prozeß mit einem Referendum verbinden, aus dem wiederum eine Abstimmung über den Status der Insel werden könnte.

Im Unterschied hierzu versucht die KMT, eine Lösung der Souveränitätsfrage zu vertagen und die Volksrepublik nicht unnötig zu provozieren. Wenn sie sich für den politischen Status quo und eine schrittweise Stabilisierung des taiwanesischen politischen Systems engagiert, dann nicht zuletzt, um Zeit zu gewinnen. Dabei wird erwartet, daß sich die politischen Realitäten in China so weitgehend verändern könnten, daß eine Vereinigung für Taiwan keine unzumutbaren Opfer mehr bedeuten würde. Bleibt die Lage auf dem Festland unverändert, würde der Status quo auch künftig die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz beider Seiten offenlassen.

Angesichts solcher Konfliktlinien erscheint die Entscheidung der taiwanesischen Wähler sehr besonnen. Indem sie dem "blauen" Lager auch im 6. Legislativ Yuan zu einer Mehrheit verhalfen, signalisierten sie Chen Shuibian und der DPP, daß sie die Parlamentswahlen nicht als Volksentscheid über den Status Taiwans verstanden. Der Einfluß von Wahlen auf Taiwans politische Ordnung wäre demnach in einem doppelten Sinne entscheidend für die Stabilisierung der jungen Demokratie.

***Nadine Godehardt studiert Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Sie absolviert derzeit ein Praktikum bei der Asia Foundation in Taiwan.***